

5 Der Umbruch des EU-Investitionsschutzrechts im Lichte neuester Entwicklungen

5.1 EU-MERCOSUR-Freihandelsabkommen

Seit 1999 laufen zwischen der EU und den *Mercosur*-Staaten Verhandlungen über ein Assoziierungsabkommen, mit dem Ziel, stabilere und berechenbarere Regeln für Investitionen und den Handel mit Waren und Dienstleistungen zu schaffen. Auch sollen dadurch Investitionen und Handel zwischen der EU und dem südamerikanischen Staatenbund angekurbelt sowie tarifäre und nicht-tarifäre Handelshemmnisse, insbesondere für KMU, abgebaut werden.⁵³⁵ Das Abkommen beinhaltet Bestimmungen zu politischem Dialog, Kooperation und Handel. Nach fast zwanzig Jahren konnte am 28. Juni 2019 eine Einigung über den Handelsteil erzielt werden. Nach der derzeitig durchgeführten formaljuristischen Prüfung soll das Abkommen in die europäischen Amtssprachen übersetzt und dem Rat der Europäischen Union und dem Europäischen Parlament zur Zustimmung vorgelegt werden. Im Falle einer solchen Zustimmung beginnt der Ratifizierungsprozess, in dessen Rahmen wiederum grundsätzlich die nationalen Parlamente sämtlicher MS dem Abkommen zustimmen müssen, damit dieses vollständig in Kraft treten kann.⁵³⁶ Allerdings überlegt die KOM das Abkommen in ein politisches und wirtschaftliches Kapitel zu teilen, was dazu führen würde, dass weder

535 WKO, Handelsabkommen der EU mit dem Mercosur <wko.at/service/aussenwirtschaft/EU_-_Mercosur.html> (29.06.2023).

536 Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, Assoziierungsabkommen zwischen der EU und den MERCOSUR-Staaten <[bmwk.de/Redaktion/DE/Artikel/Aussenwirtschaft/assoziierungsabkommen-zwischen-der-eu-und-den-mercosur-staaten.html](https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Artikel/Aussenwirtschaft/assoziierungsabkommen-zwischen-der-eu-und-den-mercosur-staaten.html)> (29.06.2023).

Einstimmigkeit im Rat der EU noch die Zustimmung aller MS notwendig wäre.⁵³⁷

Durch den Abschluss dieses Abkommens würde mit über 770 Millionen Einwohnern (EU 512 Millionen/*Mercosur* 260 Millionen) die weltweit größte Freihandelszone geschaffen. Zudem ist die EU der wichtigste Handels- und Investitionspartner des *Mercosur*.⁵³⁸ So sind EU-Unternehmen mit 380 Milliarden Euro in den *Mercosur*-Staaten investiert.⁵³⁹

Nach der Einigung auf einen Abkommenstext 2019 stagnierten die Verhandlungen erneut⁵⁴⁰, was der fortschreitenden Abholzung des Amazonas-Regenwaldes unter dem damaligen brasilianischen Präsidenten Jair Bolsonaro geschuldet war. 2023 könnte für das EU-*Mercosur*-Freihandelsabkommen allerdings zum Schlüsseljahr werden. Jedenfalls ist die EU bestrebt, nach jahrzehntelangem Tauziehen bis Ende 2023 eine Unterzeichnung zu erreichen.⁵⁴¹ Laut dem Handelsexperten Uri Dadush stehen die Chancen auf eine baldige Einigung aus mehreren Gründen gut: Der Amtsantritt des neuen brasilianischen Präsidenten Luiz Inacio Lula da Silva, welcher die Abholung des Amazonas zu stoppen gelobte, die EU-Ratspräsidentschaft Schwedens und die darauffolgende Spaniens (beide Länder sind an dem Abschluss des Abkommens interessiert) sowie der Wunsch nach einer Diversifizierung der Märkte infolge der COVID-19-Pandemie und des Ukraine-Krieges. Hinter den Bemühungen der EU, das

537 ORF, Schlüsseljahr für Mercosur-Abkommen <orf.at/stories/3305137/> (29.06.2023).

538 Europäische Kommission, Handelsabkommen EU-Mercosur <policy.trade.ec.europa.eu/eu-trade-relationships-country-and-region/countries-and-regions/merc-osur/eu-merc-osur-agreement_de> (29.06.2023).

539 <bmwk.de/Redaktion/DE/Artikel/Aussenwirtschaft/assoziierungsabkommen-zwischen-der-eu-und-den-merc-osur-staaten.html> (29.06.2023).

540 DIHK, EU und MERCOSUR verhandeln über Freihandelsabkommen, EuZW 2011, 323.

541 Europäische Kommission, Pressemitteilung vom 12. Juni 2023 – Erklärung von Präsidentin von der Leyen auf der gemeinsamen Pressekonferenz mit dem brasilianischen Präsidenten Lula da Silva <ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/STATEMENT_23_3210> (02.07.2023); FAZ, EU-Kommission hoff auf Mercosur-Handelsabkommen noch in diesem Jahr <faz.net/aktuell/politik/merc-osur-abkommen-eu-hofft-auf-handelsabkommen-noch-dieses-jahr-18959539.html> (21.06.2023).

Abkommen möglichst rasch abzuschließen, dürften aber auch geopolitische Überlegungen stecken. So nimmt der Einfluss Chinas in Südamerika stetig zu, weshalb die EU in Zugzwang gerät.⁵⁴² China verdrängte beispielsweise die EU als wichtigsten Exportmarkt für den *Mercosur* und hat 2022 ein Handelsabkommen mit Uruguay vorangetrieben.⁵⁴³

Auch Deutschland ist grundsätzlich sehr am Abschluss des Abkommens interessiert. Allerdings wird eine Zustimmung der Bundesregierung zu dem Freihandelsabkommen nur dann erfolgen, wenn darin nachhaltige Entwicklung fest und verbindlich verankert ist, wie der deutsche Agrarminister Cem Özdemir (Grüne) klarstellte. In erster Linie wird hier die Forderung angesprochen, die Abholzung des Amazonas-Regenwaldes, welchem im Kampf gegen die Klimaerwärmung als CO₂-Speicher eine große Bedeutung zukommt, zu stoppen.⁵⁴⁴

Aus Österreich kommen unterdessen gemischte Signale. Deutliche Ablehnung zeigt Grünen-Chef und Vizekanzler Werner Kogler, welcher sich diesbezüglich auf das Regierungsprogramm beruft, in welchem das Nein Österreichs festgehalten sei. Gegen das Abkommen sind des Weiteren auch die SPÖ, FPÖ, Gewerkschaften, die Arbeiterkammer und einige NGOs wie beispielsweise Greenpeace. Demgegenüber zeigt sich Wirtschaftsminister Martin Kocher (ÖVP) für eine Neubewertung der Position Österreichs zum Abkommen offen, sollten die Beratungen zwischen der KOM und den *Mercosur*-Staaten Ergebnisse liefern. Auch andere Wirtschaftsvertreter der ÖVP, NEOS sowie Industriellenvereinigung und Wirtschaftskammer sprechen sich für das Freihandelsabkommen aus.⁵⁴⁵

542 *Der Standard*, Match gegen China: EU-Kommission macht Druck bei Handelsdeal mit Südamerika <derstandard.at/story/3000000172186/eu-kommission-macht-druck-bei-mercosur-deal> (28.06.2023).

543 <orf.at/stories/3305137/> (29.06.2023).

544 *ORF*, Deutschland: Mercosur nur mit Nachhaltigkeitspassus <orf.at/stories/3308371/> (29.06.2023).

545 <orf.at/stories/3308371/> (29.06.2023).

5.2 EU, USA und China im Wettkampf um Investoren

Angesichts enormer national gefärbter Subventionsmaßnahmen in verschiedenen Teilen der Welt, insbesondere aber in den USA und China, sieht sich die EU mit dem Problem einer möglichen Abwanderung von Unternehmen konfrontiert, die im Bereich saubere Technologie und Produktion tätig sind.⁵⁴⁶ Um wettbewerbsfähig zu bleiben, muss die EU mit den ausländischen Angeboten und Anreizen für die „grüne“ Industrie mithalten, da ihr ansonsten droht, in diesem wichtigen Zukunftsbereich ins Hintertreffen zu geraten.⁵⁴⁷

5.2.1 USA: Der *Inflation Reduction Act* – ein Dorn im Auge der EU

Im August 2022 unterzeichnete der US-Präsident Joe Biden den *Inflation Reduction Act* (IRA), welcher Anfang 2023 in Kraft getreten ist. Mit diesem Gesetz, zu dessen Inhalt eine Reihe finanzieller Anreize gehören, möchte die USA den Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft beschleunigen und die Klimakrise bekämpfen.⁵⁴⁸ So stellt der IRA unter anderem 369 Milliarden US-Dollar (341 Milliarden Euro) für Investitionen in den Klimaschutz in Form von Zuschüssen, Steuergutschriften und Darlehen zur Verfügung. Diese gesteigerte Ambition der USA im Bereich Klimaschutz ist grundsätzlich begrüßenswert. Für starken Unmut bei der EU sorgt allerdings die Tatsache, dass die Gewährung dieser US-Subventionen im Bereich der grünen Industrie an hohe Wertschöpfungsanteile in den USA gebunden ist. Von den gewaltigen Förderungen profitieren also grundsätzlich nur Unternehmen, die in den USA produzieren. In diesem Zusammenhang sind speziell US-Förderprogramme, die offensichtlich gegen Welthandelsregeln verstoßen und Unternehmen mit Produkti-

546 ORF, EU-Staaten bei grünen Subventionen uneins <orf.at/stories/3302928/> (29.06.2023).

547 ORF, Milliardenförderplan für „grüne“ Industrie <orf.at/stories/3301682/> (29.06.2023).

548 *Templ*, Zwischen Klimaschutz & Umbruch in der Weltwirtschaft – Inflation Reduction Act (IRA) und die Antwort der EU, infobrief eu & international 2023, 13.

on in der EU diskriminieren, zu erwähnen. So erhalten Käufer neuer Elektroautos in den USA eine Steuergutschrift von bis zu 7.500 US-Dollar, jedoch nur unter der Bedingung, dass die Endmontage der Fahrzeuge in den USA, Kanada oder Mexiko erfolgt ist.⁵⁴⁹

Darüber hinaus müssen bestimmte, kontinuierlich steigende Prozentsätze der kritischen Rohstoffe der in den Elektroautos eingebauten Batterien und anderer Batteriekomponenten entweder in Nordamerika hergestellt worden sein oder aus Ländern bezogen werden, mit denen die USA spezielle Freihandelsabkommen abgeschlossen haben.⁵⁵⁰ Zwischen der EU und den USA gibt es kein solches Handelsabkommen und in den USA fehlen derzeit zudem auch die politischen Mehrheiten, um Drittstaaten neuen Marktzugang zu gewähren.⁵⁵¹

Seit Monaten warnen nationale und EU-Industrieverbände vor einer drohenden Abwanderung von EU-Herstellern in den vom IRA besonders betroffenen Sektoren wie Automobilbau, Batterien, Wasserstoff und erneuerbare Energien. Hinzu kommt, dass in letzter Zeit Delegationen aus mehreren US-Bundesstaaten aktiv und intensiv versuchen, EU-Unternehmen aus einschlägigen Sektoren in die USA zu locken.⁵⁵² Nicht nur die durch den IRA vorgesehenen Subventionen, sondern auch die in der EU derzeit im Vergleich viel höheren Energiepreise als Folge des Ukraine-Krieges machen die USA für Unternehmen zunehmend zu einem attraktiven Standort. Tatsächlich haben sich bereits mehrere europäische Automobil- und Batteriehersteller dazu entschieden, gewaltige Summen für die Produktion von Elektroautos und Batterien in die USA zu investieren.⁵⁵³ So kündigte

549 *DIHK*, Wie sollte die EU auf den „Inflation Reduction Act“ reagieren? <dihk.de/de/aktuelles-und-presse/aktuelle-informationen/wie-sollte-die-eu-auf-den-inflation-reduction-act-reagieren--93460#:~:text=Europa%20sollte%20eine%20wirtschaftliche%20Attraktivität,statt%20auf%20Abschottung%20zu%20setzen.> (29.06.2023).

550 *Templ*, infobrief eu & international 2023, 13 (14).

551 <dihk.de/de/aktuelles-und-presse/aktuelle-informationen/wie-sollte-die-eu-auf-den-inflation-reduction-act-reagieren--93460#:~:text=Europa%20sollte%20eine%20wirtschaftliche%20Attraktivität,statt%20auf%20Abschottung%20zu%20setzen.> (29.06.2023).

552 <orf.at/stories/3302928/> (29.06.2023).

553 *Templ*, infobrief eu & international 2023, 13 (15).

beispielsweise *BMW* schon im Oktober 2022 an, in South Carolina 1,7 Milliarden Dollar zu investieren, um damit sein bereits bestehendes Werk in Spartanburg auszubauen sowie eine neue Batteriefabrik zu errichten. Auch der norwegische Zellproduzent *Freyr plant* in Georgia eine 2,6 Milliarden Dollar teure Fabrik.⁵⁵⁴

Im Hintergrund arbeiten die EU und die USA im Rahmen einer Arbeitsgruppe an einer Lösung des Konflikts. Die EU drängt auf Änderungen des IRA und fordert die USA dazu auf, problematische Teile des Gesetzes zu beseitigen und EU-Unternehmen für Elektroautos und Produkte für erneuerbare Energien am US-Markt einen ähnlichen Zugang einzuräumen, wie er für Kanada und Mexiko besteht.⁵⁵⁵

Während eine Änderung des Gesetzes nicht zu erwarten ist, haben die USA signalisiert, der EU im Rahmen der Durchführungsrichtlinien entgegenzukommen. So sollen die oben beschriebenen Steuervergünstigungen auch saubere Nutzfahrzeuge aus der EU umfassen.⁵⁵⁶ Zu diesem Zweck kündigten am 9. März 2023 KOM-Präsidentin Ursula von der Leyen und US-Präsident Joe Biden nach einem Treffen im Weißen Haus an, unverzüglich ein Abkommen für Mineralien für Autobatterien aushandeln zu wollen. Insgesamt wolle man daran arbeiten, dass in der EU gewonnene kritische Rohstoffe den gleichen Zugang zum amerikanischen Markt bekommen, als ob sie auf diesem gewonnen worden wären.⁵⁵⁷

5.2.2 China: *Made in China 2025*-Strategie und gefährliche Abhängigkeiten

Mit dem strategischen Plan des chinesischen Premierministers Li Keqiang und dem chinesischen Staatsrat vom Mai 2015 verfolgt das Land der Mitte neben der Stärkung der Binnenkonjunktur ge-

554 <orf.at/stories/3302928/> (29.06.2023).

555 *Templ*, infobrief eu & international 2023, 13 (15).

556 *Templ*, infobrief eu & international 2023, 13 (16).

557 *ORF*, Subventionsstreit: Biden und von der Leyen suchen Einigung <orf.at/stories/3308430/> (29.06.2023).

zielte Investitionen in ausländische Hochtechnologieunternehmen.⁵⁵⁸ Darüber hinaus werden mit der Strategie die Ziele für die Entwicklung von zehn inländischen Industriezweigen beschrieben – all das mit der Absicht, China zu einem Konkurrenten um die weltweite Technologieführerschaft zu transformieren.⁵⁵⁹ An dieser Stelle ist anzumerken, dass der US-amerikanische IRA unter anderem auch eine Antwort auf ebendiese Strategie ist.⁵⁶⁰

Laut von der Leyen ermutige China energieintensive Unternehmen unter anderem in Europa dazu, ihre Produktion ganz oder teilweise nach China zu verlagern und locke dabei mit dem Versprechen billiger Energie, niedriger Arbeitskosten und eines laxeren Regelungsumfelds. Gleichzeitig subventioniere das Land der Mitte seine eigene Industrie massiv und beschränke für EU-Unternehmen den Zugang zum chinesischen Markt.⁵⁶¹

Des Weiteren befinde sich die EU laut der KOM-Präsidentin in einer gefährlichen Abhängigkeit von China im Hinblick auf die Lieferung kritischer Rohstoffe. Besonders deutlich zeige sich dies am Beispiel seltener Erden. Die EU sei bei seltenen Erden, welche für die Herstellung von Schlüsseltechnologien wie Windkraftenerzeugung, Wasserstoffspeicherung oder Batterien von entscheidender Bedeutung sind, zu 98% von einem Land – China – abhängig. Als weiteres Beispiel nennt von der Leyen die Abhängigkeit in Bezug auf das Leichtmetall Lithium. Auf nur drei Länder, darunter China, entfallen 90% der Lithiumproduktion. Derartigen Monopolstellungen bzw. Abhängigkeiten müsse entgegengewirkt werden, da die gesamte Liefer-

558 *Institute for Security & Development Policy*, Made in China 2025 <isdsp.eu/content/uploads/2018/06/Made-in-China-Background.pdf> (29.06.2023).

559 *Kunze/Windels*, „Made in China 2025“: Technologietransfer und Investitionen in ausländische Hochtechnologiefirmen – Chinas Weg zum Konkurrenten um die Zukunftstechnologien, ifo Schnelldienst 2018, 3 ff; *ifo Institut*, „Made in China 2025“: Technologietransfer und Investitionen in ausländische Hochtechnologiefirmen – Chinas Weg zum Konkurrenten um die Zukunftstechnologien <ifo.de/publikationen/2018/aufsatz-zeitschrift/made-china-2025-technologietransfer-und-investitionen> (29.06.2023).

560 *Templ*, infobrief eu & international 2023, 13 (16).

561 *Europäische Kommission*, Sonderansprache von Präsidentin von der Leyen auf dem Weltwirtschaftsforum <ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/sp_eech_23_232> (29.06.2023).

ketten dadurch unglaublich anfällig sei und so die Preise in die Höhe getrieben und die Wettbewerbsfähigkeit der EU bedroht werde.⁵⁶²

5.2.3 EU: Industrieplan für den Grünen Deal

Im Januar 2023 präsentierte KOM-Präsidentin Ursula von der Leyen am Weltwirtschaftsforum in Davos den *Green Deal Industrial Plan* und reagierte damit auf die aus Wettbewerbsgründen umstrittenen US-amerikanischen bzw. chinesischen Subventionspläne für klimafreundliche Technologien.⁵⁶³ Von der Leyen hat, nach monatelanger Schockstarre der EU, offensichtlich den Ernst der Lage erkannt und die Problematik in ihrer Rede in Davos klar angesprochen: *„Wir sind Zeugen aggressiver Versuche, unsere industriellen Kapazitäten abzuwerben, nach China oder anderswo hin. Wir müssen den Übergang zur Klimaneutralität vollziehen, ohne in neue Abhängigkeiten zu geraten. Und wir wissen, dass künftige Investitionsentscheidungen davon abhängen, was wir heute tun“*.⁵⁶⁴

Der Industrieplan soll der drohenden Abwanderung von EU-Unternehmen entgegenwirken, die europäische CO₂-neutrale Industrie zum Weltmarktführer machen und den raschen Übergang zur Klimaneutralität unterstützen. Der Plan baut auf früheren EU-Initiativen auf, wird auf die Stärken des EU-Binnenmarkts gestützt und gilt als Ergänzung der laufenden Bemühungen im Rahmen des europäischen Grü-

562 <ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/speech_23_232> (29.06.2023); Anmerkung: Insbesondere vor diesem Hintergrund sind auch die gesteigerten Bemühungen der EU zum Abschluss des EU-MERCOSUR-Freihandelsabkommens, wie in Unterkapitel 5.1 beschrieben, zu betrachten.

563 <orf.at/stories/3301682/> (29.06.2023).

564 <ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/speech_23_232> (29.06.2023).

nen Deals⁵⁶⁵ und von REPowerEU^{566,567}. Er besteht aus folgenden vier Säulen:

- ein berechenbares und vereinfachtes Regelungsumfeld
- schnellerer Zugang zu Finanzmitteln
- Verbesserung der Kompetenzen
- offener Handel für resiliente Lieferketten

Bei der ersten Säule geht es um die Schaffung eines einfacheren Rechtsrahmens, der es der EU ermöglicht, rasch zu expandieren und günstige Bedingungen für jene Branchen zu schaffen, die für die Klimaneutralität entscheidend sind (beispielsweise Windenergie, Wärmepumpen, Solarenergie, sauberer Wasserstoff oder Speicherung).⁵⁶⁸ Die KOM wird dafür ein „Netto-Null-Industrie-Gesetz“ (*Net-Zero Industry Act*) vorschlagen, mit dem klare Ziele für saubere Technologien in der EU bis 2030 festgelegt werden. Dieses Gesetz soll unter anderem zu vereinfachten und beschleunigten Genehmigungsverfahren bei Vorhaben im Bereich sauberer Technologien führen. Dieser vereinfachte Rechtsrahmen wird durch ein Gesetz über kritische Rohstoffe ergänzt, um einen ausreichenden Zugang zu Materialien wie seltenen Erden sicherzustellen.⁵⁶⁹

Die zweite Säule soll Investitionen und die Finanzierung der Produktion umweltfreundlicher Technologien ankurbeln. Dies soll mit-

565 Anmerkung: Es handelt sich hierbei um ein Maßnahmenpaket der EU mit dem Ziel, bis zum Jahr 2050 die Netto-Emissionen von Treibhausgasen in der EU auf null zu reduzieren und dadurch Klimaneutralität zu erreichen. – *Rat der Europäischen Union*, Ein europäischer grüner Deal <consilium.europa.eu/de/policies/green-deal/> (29.06.2023); Siehe Unterkapitel 6.1.3.

566 Anmerkung: Dabei handelt es sich um eine Reihe von EU-Maßnahmen, welche angesichts der durch den Ukraine-Krieg verursachten Belastungen und Störungen des globalen Energiemarkts primär zu einer rascheren Verringerung der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen aus Russland führen sollen. – *Europäische Kommission*, REPowerEU: erschwingliche, sichere und nachhaltige Energie für Europa <commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/european-green-deal/repowereu-affordable-secure-and-sustainable-energy-europe_de> (29.06.2023).

567 *Europäische Kommission*, Der Industrieplan für den Grünen Deal: Für Europas CO₂-neutrale Industrie die Führungsrolle sichern <ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_510> (29.06.2023).

568 <ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/speech_23_232> (29.06.2023).

569 <ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_510> (29.06.2023).

hilfe öffentlicher Finanzierungen und weiteren Fortschritten bei der europäischen Kapitalmarktunion bewerkstelligt werden. Einerseits sollen gleiche Wettbewerbsbedingungen im Binnenmarkt gewährleistet, andererseits die Gewährung notwendiger Beihilfen durch die MS zur Beschleunigung des grünen Wandels erleichtert werden.⁵⁷⁰

Die dritte Säule konzentriert sich darauf, die für den grünen Wandel erforderlichen Kompetenzen zu schaffen beziehungsweise die dafür notwendigen qualifizierten Fachkräfte auszubilden.⁵⁷¹

Die vierte Säule widmet sich der globalen Zusammenarbeit und der Förderung des Handels für den grünen Wandel nach den Grundsätzen des fairen Wettbewerbs und des offenen Handels. Zu diesem Zweck sollen insbesondere Freihandelsabkommen zwischen der EU und ihren Partnern, aber auch andere Formen der Zusammenarbeit, weiter ausgebaut werden. Darüber hinaus soll der Binnenmarkt vor unfairem Handel im Bereich sauberer Technologien geschützt und eine Verzerrung des Wettbewerbs durch ausländische Subventionen verhindert werden.⁵⁷²

Der Industrieplan entspricht der Aufforderung des europäischen Rates an die KOM, bis Ende Januar 2023 Vorschläge vorzulegen, wie alle einschlägigen nationalen und EU-Instrumente mobilisiert und die Rahmenbedingungen für Investitionen verbessert werden können, um die Resilienz und Wettbewerbsfähigkeit der EU zu gewährleisten.⁵⁷³

5.2.4 Zusammengefasst

Der fortschreitende Klimawandel, Umweltzerstörung, der anhaltende Ukraine-Krieg und die bedrohliche Abhängigkeit von Rohstofflieferungen aus Ländern wie China sind allesamt Faktoren, die die EU zu einer möglichst raschen Abkehr von fossiler Energie und zu einer drastisch beschleunigten Realisierung der Energiewende zwin-

570 <ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_510> (29.06.2023).

571 <ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_510> (29.06.2023).

572 <ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_510> (29.06.2023).

573 <ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_510> (29.06.2023).

gen. Hinzu treten intensive Bemühungen anderer globaler Mitspieler, europäische Unternehmen, die zum Teil in jenen für den Übergang zu sauberer Energie notwendigen Bereichen führend sind, abzuwerben.

Zudem hat die EU laut (aktualisierten) offiziellen Schätzungen pro Jahr einen um 447 Milliarden Euro erhöhten Investitionsbedarf, wenn sie ihre Klimaziele, die Emissionen bis zum Jahr 2050 auf null zu reduzieren, einhalten möchte.⁵⁷⁴ Laut Umweltkommissar Virginijus Sinkevičius müssen bis 2030 in der EU gar 600 Milliarden Euro zusätzlich pro Jahr investiert werden, damit die ehrgeizigen Klima- und Umweltschutzziele erreicht werden können.⁵⁷⁵ Der teure Übergang zur Klimaneutralität soll (muss) neben Investitionen aus dem öffentlichen Sektor ganz maßgeblich mithilfe von Privatinvestitionen finanziert werden.⁵⁷⁶

Um die drohende Abwanderung von EU-Unternehmen in Schlüsseltechnologiesektoren zu verhindern und private Investitionen im benötigten Umfang anzuziehen, muss die EU ein besonders unternehmens- bzw. investitionsfreundliches Umfeld bieten. Dazu gehört selbstverständlich, Unternehmen bzw. Investoren das höchstmögliche Maß an Rechtsschutz zu gewährleisten. Die *Achmea*-Rechtsprechung des EuGH und ihre Auswirkungen sind also unbedingt auch im Lichte der in diesem Unterkapitel beschriebenen Entwicklungen zu betrachten. Mittlerweile scheint es auch die KOM verstanden zu haben – die Gunst der Investoren ist entscheidend für die Zukunft der EU.⁵⁷⁷

574 ORF, Wettstreit um Rolle als Klimavorreiter <orf.at/stories/3303341/> (29.06.2023).

575 *Süddeutsche Zeitung*, EU: Grüner Wandel braucht 600 Milliarden Euro pro Jahr <sueddeutsche.de/politik/eu-eu-gruener-wandel-braucht-600-milliarden-euro-pro-jahr-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-230419-99-375278> (29.06.2023).

576 *Europäische Kommission*, Finanzierung des ökologischen Wandels: Der Investitionsplan für ein zukunftsfähiges Europa und der Mechanismus für einen gerechten Übergang <ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_17> (29.06.2023); <investeu.europa.eu/about-investeu_de> (29.06.2023).

577 <ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/speech_23_232> (29.06.2023).

5.3 Massenaustritt aus dem Energiecharta-Vertrag (ECT)

Aktuell bahnt sich Berichten zufolge ein Massenaustritt aus dem ECT an. Die MS Italien, Spanien, Niederlande, Frankreich, Slowenien, Polen, Luxemburg und Deutschland haben mit Stand Juni 2023 den Ausstieg aus dem Vertrag entweder bereits vollzogen oder zumindest angekündigt, auszutreten.⁵⁷⁸ Laut der globalisierungskritischen NGO „Attac“ vorliegenden Informationen sind neben Österreich auch die MS Belgien, Portugal, Irland, Dänemark, Griechenland, Tschechien, Bulgarien und Lettland dazu bereit, einen Ausstieg aus dem Abkommen zu vollziehen oder prüfen einen solchen.⁵⁷⁹ Als Beweggrund wird der von 2019 bis Juni 2022 auf Anregung der KOM durchgeführte und aus Sicht der meisten MS gescheiterte Versuch, das Abkommen zu modernisieren, genannt.⁵⁸⁰ Ziel der Reformbemühungen war es, den ECT an sich aufgrund des Klimawandels geänderte energiepolitische Ziele und neue unionsrechtliche Entwicklungen anzupassen.⁵⁸¹ Anfang November 2022 fand ein Vorschlag der KOM zur Modernisierung des ECT keine Mehrheit im Rat.⁵⁸² Am 24. November 2022 hat das Europäische Parlament für

578 APA-OTS, Energiecharta-Vertrag: Österreich muss nach gescheiterter Reform rasch aussteigen <ots.at/presseaussendung/OTS_20221119_OTSo036/energiecharta-vertrag-oesterreich-muss-nach-gescheiterter-reform-rasch-aussteigen> (29.06.2023).

579 Attac, Offiziell: EU-Kommission forciert EU-Ausstieg aus Energiecharta-Vertrag – Riesiger Erfolg für die europäische Zivilgesellschaft <attac.at/news/details/offiziell-eu-kommission-forciert-eu-ausstieg-aus-energiecharta-vertrag> (10.07.2023).

580 Reins, die „Paris-Tauglichkeit“ des Energiecharta-Vertrags, Enk-Aktuell 2022, 01018; Schmidt, Deutschland bereitet Ausstieg aus Energiecharta vor <investigate-europe.eu/de/2022/deutschland-energiecharta-plan-austritt/> (29.06.2023); Anmerkung: Siehe Unterkapitel 6.3.

581 Rat der Europäischen Union, Pressemitteilung vom 15.07.2019 – Modernisierung des Energiechartavertrags: Rat nimmt Verhandlungsrichtlinien an <consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2019/07/15/council-adopts-negotiation-directives-for-modernisation-of-energy-charter-treaty/> (29.06.2023).

582 Europäisches Parlament, Entschließung des Europäischen Parlaments vom 24. November 2022 zu dem Ergebnis der Modernisierung des Vertrags über die Energiecharta <europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0421_DE.html> (29.06.2023).

den Austritt der EU aus dem ECT gestimmt.⁵⁸³ In dem angenommenen Bericht wird die KOM von den Abgeordneten aufgefordert, ihren Vorschlag zur Modernisierung des Vertrags zurückzuziehen und einen koordinierten Ausstieg für die EU und ihre MS vorzubereiten.⁵⁸⁴ Als Grund dafür wird im Wesentlichen angegeben, dass der ECT Investitionen in fossile Brennstoffe vor privaten Schiedsgerichten schütze und deshalb nicht mit dem Kampf gegen den Klimawandel vereinbar sei.⁵⁸⁵

Laut mehreren Medienberichten folgte die KOM mittlerweile der Aufforderung des Europäischen Parlaments und forcierte nun den Ausstieg der MS aus dem Abkommen.⁵⁸⁶ So soll der Nachrichtenagentur *Reuters* bereits im Februar 2023 ein internes Diskussionspapier der KOM vorgelegen sein, in welchem den MS mitgeteilt werde, ein koordinierter Ausstieg aus dem ECT scheine unvermeidbar.⁵⁸⁷

Am 7. Juli 2023 hat die KOM schließlich offiziell einen Gesetzesvorschlag für einen koordinierten Austritt der EU, der MS und Euratom aus dem ECT vorgelegt. Die KOM begründet diesen Schritt, wie zuvor auch die MS und das Europäische Parlament, mit der fehlenden Kompatibilität des ECT mit den Klimaambitionen der EU. Des Weiteren zieht die KOM, um Rechtsklarheit zu gewährleisten, ihren früheren Vorschlag zur Ratifizierung des modernisierten ECT zurück, welcher nicht die erforderliche Mehrheit unter den MS erreichte. Der gemeinsame Ausstieg aus dem Abkommen muss nun noch von einer verstärkten Mehrheit der MS und mit Zustimmung des Europäischen Parlaments beschlossen werden.⁵⁸⁸

583 <europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0421_DE.html> (29.06.2023).

584 Siehe Dok.-Nr. P9_TA (2022)0421.

585 Anmerkung: Siehe Unterkapitel 6.2.

586 <attac.at/news/details/offiziell-eu-kommission-forciert-eu-ausstieg-aus-energiecharta-vertrag> (10.07.2023); *Wiener Zeitung*, EU-Kommission will raus aus Energiecharta <wienerzeitung.at/nachrichten/wirtschaft/international/2177767-EU-Kommission-will-raus-aus-Energiecharta.html> (29.06.2023).

587 *Reuters*, Brussels says EU exit from Energy Charter Treaty 'unavoidable' <reuters.com/world/europe/brussels-says-eu-exit-energy-charter-treaty-unavoidable-2023-02-07/> (29.06.2023).

588 *European Commission*, European Commission proposes a coordinated EU withdrawal from the Energy Charter Treaty <energy.ec.europa.eu/news/europea

Als ein gemischtes Abkommen fällt der ECT sowohl in die Zuständigkeit der EU als auch in jene der MS.⁵⁸⁹ Ein Austritt der EU hätte deshalb zur Folge, dass einzelne MS grundsätzlich nicht Vertragsparteien des ECT bleiben können – außer die EU würde dies in einem eigenen Ratsbeschluss autorisieren.⁵⁹⁰

Wie bereits mehrfach erwähnt, wird durch einen einseitigen Austritt aus dem ECT grundsätzlich die Nachwirkungsklausel gem Art 47 Abs 3 ECT ausgelöst. Allerdings soll diese Klausel nicht zwischen MS anwendbar sein, wie die KOM in einem kürzlich veröffentlichten Vorschlag für eine spätere inter-se-Übereinkunft über die Auslegung des ECT klargestellt hat.⁵⁹¹

Angesichts der beschriebenen Entwicklungen, insbesondere auch hinsichtlich der Intra-EU-BITs, ist zu erwarten, dass eher früher als später sämtliche MS und die EU aus dem ECT austreten sowie die Anerkennung und Vollstreckung von ECT-Schiedssprüchen in der EU verboten werden.⁵⁹² Dies geht auch aus der oben angesprochenen

n-commission-proposes-coordinated-eu-withdrawal-energy-charter-treaty-2023-07-07_de> (10.07.2023); *Reuters*, EU proposes Energy Charter Treaty exit after climate concerns <reuters.com/sustainability/climate-energy/eu-proposes-energy-charter-treaty-exit-after-climate-concerns-2023-07-07/> (10.07.2023); *Handelsblatt*, EU-Kommission schlägt Austritt aus umstrittenem Energieabkommen vor <handelsblatt.com/dpa/eu-kommission-schlaegt-austritt-aus-umstrittenem-energieabkommen-vor/29247496.html> (10.07.2023).

589 Anmerkung: Siehe Unterkapitel 3.1.

590 *Der Standard*, Warum ein Ausstieg aus dem Energiecharta-Vertrag unumgänglich ist <derstandard.at/story/2000142819989/warum-ein-ausstieg-aus-dem-energiecharta-vertrag-unumgaenglich-ist> (29.06.2023).

591 Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat sowie die Mitgliedstaaten über eine Übereinkunft zwischen den Mitgliedstaaten, der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft über die Auslegung des Energiechartavertrags, KOM (2022) 523 endg; Anhang der Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat sowie die Mitgliedstaaten über eine Übereinkunft zwischen den Mitgliedstaaten, der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft über die Auslegung des Energiechartavertrags, KOM (2022) 523 endg.

592 *Lavranos/Lath/Varma*, *SchiedsVZ* 2023, 38 (46); EuGH 21.09.2022, C-333/19 (Europäische Kommission gegen Romatsa ua).

Mitteilung der KOM über eine inter-se-Übereinkunft über die Auslegung des ECT hervor.⁵⁹³

Im folgenden Kapitel sollen die wesentlichsten Hintergründe erläutert werden, welche die MS zu einem reihenweisen Austritt aus dem ECT bewogen, zum Scheitern seiner Modernisierung führten und schlussendlich den Niedergang des Abkommens, zumindest im Intra-EU-Verhältnis, verursachten.

593 Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat sowie die Mitgliedstaaten über eine Übereinkunft zwischen den Mitgliedstaaten, der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft über die Auslegung des Energiechartavertrags, KOM (2022) 523 endg, 1.

